Salzburger Verkehrsplattform
Pro Bahn Österreich
Sprecher. Mag. Peter Haibach
Georg Rendlweg 26, A-5111 Bürmoos
☎ (0664) 42 69 607 *oder (06274) 4966*
Fax (06274) 4966 E-Mail: haibach@sbg.at
www.salzburger-verkehrsplattform.org
www.probahn.at
www.regionale-schienen.at

24. Februar 13

Medieninformation:

Gasteinertal: Lösung im Bahn-Brückenstreit rasch möglich
Inbetriebnahme der neuen Angertalbrücke und Bestandslärmschutz sind rasch möglich

- **Landesumweltanwaltschaft und Hotelierbesitzerin sollten Beschwerde zurückziehen**
- **Landesregierung sollte Vermittlerrolle noch vor der Wahl**

Bei guten Willen aller Beteiligten ließe sich die Inbetriebenahme der neuen Angertalbrücke und der damit verbundene Bestandslärmschutz rasch lösen. Damit wären auch die Befürchtungen mancher Gasteiner Hoteliers, dass Bad Gastein den Status als Kurort verliert, beseitigt.

Zur Vorgeschichte: Die ÖBB konnten die neue Angertalbrücke nicht in Betrieb nehmen, weil der Verwaltungsgerichtshof der Beschwerde der Gemeinden, Privatpersonen und der Landesumweltanwaltschaft im UVP-Verfahren aufschiebende Wirkung zuerkannt hat – bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes.

Wie zu erfahren war, haben die Gemeinden ihre Beschwerde zurückgezogen und konstruktive Gespräche mit den ÖBB gesucht. Nur die Landesumweltanwaltschaft und eine Hotelbesitzerin aus Bad Gastein hielten ihre Beschwerde aufrecht und verzögern damit die für das Tal beste Lösung, nämlich den Bahnverkehr über die lärmärmere neue Angertalbrücke abzuwickeln und auch im Bereich von Bad Gastein den Bestandslärmschutz umzusetzen. Die Kosten dafür würden ÖBB zu 50 %, das Land und die Gemeinden die restlichen 50 %.

Hintergrund des bereits jahrelang andauernden Rechtsstreits war die überzogene Forderung der Gemeinde Bad Gastein und der Hoteliers, die gesamte Bahnstrecke samt Bahnhof Bad Gastein in einen Tunnel zu verlegen, was sowohl seitens des Verkehrsministeriums als auch den ÖBB aus Kostengründen abgelehnt wurde und auch verkehrlich nicht notwendig ist. Die Salzburger Landesregierung könnte vor den Neuwahlen für eine rasche Lösung im obigen Sinn eine Vermittlerrolle einnehmen.

Die Landesumweltanwaltschaft wäre gut beraten, ihren Standpunkt zu überdenken und im Sinne der Bevölkerung eine einvernehmliche Lösung mitzutragen, die die beste Lösung für das Gasteinertal ist. Die Bevölkerung hat von einer raschen Lösung mehr als von einem jahrelangen Rechtsstreit, der letztlich auch zu keiner anderen Lösung führen wird können.

Die beste Lösung, nur lärmarme Güterzüge durch Gasteinertal zu führen, wird aufgrund der Tatsache, dass Güterzüge aus verschiedenen Staaten Europas unterwegs sind, nur langfristig möglich sein.

Für die Salzburger Verkehrsplattform:
Peter Haibach